

Die Wirtschaftsfragen. Die Getreide-Anleihe bei den Selbst- versorgern.

Die Donau- und die alpenländischen Bauernorganisationen haben dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und dem Präsidenten des Ernährungsamtes Hofrat Paul folgende Verwahrung überreicht: Die gefertigten Bauernorganisationen verwahren sich auf das energischste gegen die jüngst erlassene Verfügung betreffend die Einziehung der Getreidequote für die Selbstversorger und weisen auf die unausbleiblichen Folgen hin, die durch diese Maßnahmen besonders jetzt in der schwersten Arbeitszeit die gesamte Volkswirtschaft treffen müsse. Sie erheben die warnende Stimme gegen jene katastrophale Politik, die die Produktion völlig unterbindet, ja direkt vernichtet, und sie lehnen jede Verantwortung für die kommenden Folgen entschiedenst ab. Wenn nun schon ohne diese Maßnahmen (Entziehung der Brotquote der Selbstversorger) es nicht möglich sein sollte, die Versorgung der hungernden Massen in den Städten während der kommenden Wochen durchzuführen, so verlangen sie wenigstens, daß diese Wegnahme nur in dem unbedingt nötigen Ausmaße und ohne jede gewalttätige Requisition durchgeführt werde und daß die entnommene Quote dem Landwirte voll und ganz in natura und rechtzeitig wieder rückerstattet werde. Für den Niederösterreichischen Bauernbund: Stöckler; für den Oberösterreichischen Volksverein: Dr. Mayer; für den Katholischen Bauernverein in Steiermark: Hagenhofer; für den Katholischen Bauernbund in Salzburg: Lachner; für den Tiroler Bauernbund: Schraffl.

Die Abgeordneten Stöckler, Mayer, Fulek, Eisenhut und Gruber sprachen gestern beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und beim Präsidenten des Ernährungsamtes Hofrat Paul vor und gaben in bezug auf die jüngste Getreideabnahmeverordnung der größten Besorgnis für die Selbstversorger in Niederösterreich Ausdruck, weil deren Durchführung die Erntearbeiten schwer gefährdet. Wenn schon ohne diese Maßnahme die Versorgung der Städte in den nächsten Wochen nicht durchgeführt werden kann, so muß wenigstens darauf Bedacht genommen werden, daß die Getreideabnahme ohne jeden Zwang, nach bester Möglichkeit gleichmäßig in allen Bezirken und Kronländern vorgenommen werde. Ministerpräsident Dr. v. Seidler und Hofrat Paul erwiderten auf die eindringlichen Vorstellungen der Abordnung, daß sich die Regierung nur schwer zu den angewendeten Verfügungen entschlossen habe und von denselben

nicht abgehen könne. Die beiden Minister versprachen jedoch die möglichste Schonung der bäuerlichen Bevölkerung und die weitestgehende Rücksichtnahme auf die landwirtschaftlichen Interessen.